



Dr. Anton Hofreiter | Oliver Krischer | Matthias Gastel | Stephan Kühn | Markus Tressel | Dr. Valerie Wilms

Mitglieder des Deutschen Bundestages

Bündnis 90/Die Grünen

30.07.2016

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

in letzter Minute wurde die für den 20. Juli angekündigte Verabschiedung des neuen Bundesverkehrswegeplans (BVWP) verschoben. Der Umweltministerin gelang es, den Alleingang des Verkehrsministers aus sehr guten Gründen wenigstens kurz aufzuhalten. Denn der Entwurf des Verkehrsministers ignoriert fast alles, was in Sachen Klima- und Umweltschutz je vereinbart wurde. Deshalb muss der Plan grundsätzlich überarbeitet werden!

An guten Zielen mangelt es nicht. Erst im Dezember 2015 hat sich die internationale Staatengemeinschaft bei der UN-Klimakonferenz in Paris auf ein gemeinsames Handeln verpflichtet, um die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Gemeinsam mit der Umweltministerin haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, dieses Abkommen als Erfolg begrüßt. Sie ergänzten vor wenigen Wochen auf dem Petersberger Klimadialog: „Es ist nicht übertrieben: Klimaschutz ist nicht mehr und nicht weniger als eine Frage des Überlebens.“

In Deutschland ist der Verkehrssektor für rund 20 Prozent der energiebedingten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Gegenüber 1990 ist der Ausstoß der Emissionen im Verkehr sogar angestiegen. Wollen wir die Klimakrise überwinden, müssen wir das ändern.

Als mittel- bis langfristiges Steuerungsinstrument der Bundesregierung entscheidet der Bundesverkehrswegeplan darüber, wie das bundesweite Verkehrsnetz – also Bundesstraßen, Autobahnen, Schienenwege und Wasserstraßen – in den nächsten 15 Jahren ausgebaut werden soll. Verkehrswege werden nicht über Nacht geplant, aufgebaut oder abgerissen. Die Auswirkungen des Plans werden daher weit länger zu spüren sein als seine Laufzeit. Zumal der Entwurf des Verkehrsministers bereits mehr als die Hälfte der als vordringlich bezeichneten Investitionen in Aus- und Neubau auf die Zeit nach 2030 verschiebt.

Aufgrund seiner Tragweite prägt der Bundesverkehrswegeplan Möglichkeiten und Grenzen zukünftiger Mobilität langfristig mit. Werden die Weichen jetzt falsch gestellt, wird der Plan zu einer schweren Hypothek für die Zukunft.

Was wir nun brauchen ist ein ehrlicher und nachhaltiger Plan, der sich an den Bedürfnissen zukünftiger Mobilität orientiert und ambitionierten Klimaschutz von Anfang an mitdenkt. Das bedeutet auch, bestehende Verkehrswege zu optimieren, statt immer neue zu bauen.

Der Entwurf des Verkehrsministers wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Im Gegenteil: Statt politische Rahmenbedingung zu schaffen, werden Treibhausgasemissionen als gegeben angesehen und dem Verkehr auf der Straße hinterhergebaut. Tritt die Vorhersage ein, auf die sich der Plan stützt, wären vereinbarte Ziele nicht zu halten. Der Güterverkehr auf der Straße würde um fast 40 Prozent wachsen, der Anteil des Schienenverkehrs läge auch im Jahr 2030 noch



Dr. Anton Hofreiter | Oliver Krischer | Matthias Gastel | Stephan Kühn | Markus Tressel | Dr. Valerie Wilms

Mitglieder des Deutschen Bundestages

Bündnis 90/Die Grünen

unter 20 Prozent und die Zahl der Autos in Deutschland stiege auf 45,9 Millionen Fahrzeuge. Das ist das Aufgeben des Klimaschutzes im Verkehr. Dieser Entwurf trägt dazu bei, dass die Klimakrise weiter voranschreitet.

Auch die weiteren Ziele kann der Plan bisher nicht erfüllen. Weder sind alle Projekte bis 2030 finanzierbar noch begrenzt der Plan den Verbrauch von Fläche, Natur und Landschaft. Wertvolle Naturräume gehen verloren: Knapp 2.000 km bisher unzerschnittener Großräume würden durchtrennt und zahlreiche Natur- und Landschaftsschutzgebiete bedroht. Allein für die als vordringlich eingestuften Vorhaben liegen die benötigten Flächen nach Berechnungen des Umweltbundesamtes für den Verkehr um 50 Prozent über dem eigenen Flächeneinsparungsziel der Bundesregierung. Die Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie werden so auch weiterhin verfehlt.

Der Verkehrsminister ignoriert sämtliche Kritik an seinem Plan. Kritik des Bundesrechnungshofes an Nutzen-Kosten-Berechnungen wird überhört. Das Umweltministerium wird gar nicht erst eingebunden und die Einwände des Umweltbundesamtes bleiben ebenso ungehört wie die deutlichen Hinweise der Bürgerinnen und Bürger.

Die nach EU-Recht verpflichtende Öffentlichkeitsbeteiligung soll dazu dienen, die Umweltauswirkungen des Plans zu ermitteln und Alternativen zu prüfen. Trotz des kurzen Zeitraums, der zusätzlich noch zum Teil in den Ferien lag, hat das Verkehrsministerium dazu bis Anfang Mai rund 39.000 Stellungnahmen erhalten.

Die schnelle Abarbeitung der Beteiligung dieser Stellungnahmen wirft Fragen nach Ernsthaftigkeit und Sorgfalt der Auswertung auf. Leider gibt der uns bekannte Kabinettsentwurf nun die Auflösung: Trotz der breiten Kritik finden Klima, Natur und Umwelt auch im neuen Entwurf keinerlei Berücksichtigung. Die Bürgerbeteiligung verkommt zur Farce.

Wir fordern Sie auf: Stoppen Sie diesen Entwurf des Bundesverkehrswegeplans. Lassen Sie die breite und sehr berechtigte Kritik aus vielen Teilen der Gesellschaft, aber auch aus Ihrem Kabinett nicht einfach verpuffen. Sie muss Konsequenzen haben. Eine Verabschiedung des Bundesverkehrswegeplans in dieser Form konterkariert sowohl die im Klimaabkommen von Paris als auch alle anderen zu Nachhaltigkeit und Umweltschutz vereinbarten Ziele.

Dr. Anton Hofreiter  
(Fraktionsvorsitzender)

Oliver Krischer  
(stv. Fraktionsvorsitzender)

Matthias Gastel  
(Sprecher für Bahnpolitik)

Stephan Kühn

(Sprecher für Verkehr)

Markus Tressel

(Sprecher für ländliche Räume)

Dr. Valerie Wilms

(Nachhaltigkeitsbeauftragte)